

Sallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1909. Nr. 104. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 202.

Zweite Ausgabe

Mittwoch, 3. März 1909.

Verleger: Sallesche Buchdruckerei, Halle a. S., Postfach 104. Druck: Sallesche Buchdruckerei, Halle a. S., Postfach 104.

Verleger: Sallesche Buchdruckerei, Halle a. S., Postfach 104. Druck: Sallesche Buchdruckerei, Halle a. S., Postfach 104.

Zur Lage auf dem Balkan.

Die Meldung, daß der französische Minister des Aeußern während der Nacht benachrichtigt worden sei, Serbien habe die ruffische Note auf territoriale Entscheidungen den nötigen Bericht geleistet, ist unrichtig. Die zur letzten Mittagsstunde waren Meldungen über die Haltung Serbiens in Paris nicht eingegangen.

Dem in Konstantinopel erschienenen „Franch“ zufolge hat die Porte auf telegraphischen Anfragen der Montenegriner nach Waffen geantwortet, zwischen der Türkei und Montenegro herrsche auf sichtliche Freundschaft; deshalb seien derartige Maßnahmen unnötig.

Die „Agence Roumaine“ in Bukarest bescheidet offiziell die Meldung ausländischer Blätter über die Mobilisierung des Armeekorps für unrichtig; die rumänische Regierung wolle keinerlei Anlaß, solche Maßregeln auch nur ins Auge zu fassen.

Später erfahren wir noch: Der Wiener „Neuen Freien Presse“ zufolge wird an informierter Stelle in Wien als unrichtig bezeichnet, daß Serbien bereits in Wien eine Erklärung abgegeben habe, daß es auf jede Forderung der ruffischen Note eingehen werde.

Der „Pester Lloyd“ meldet aus Wien bezüglich der neuerdings wieder angeregten Orientkonferenz: Falls Serbien in Befolgung des Rates der Mächte oder des alleinigen Willens Anstalten die von Österreich-Ungarn geforderten Zusagen im Interesse des Friedens gemacht haben wird, dann ist Österreich-Ungarn bereit, mit Serbien direkt sich auseinanderzusetzen. Wenn zwischen ihnen eine Vereinbarung zustande käme, so wird dies Europa mit oder ohne Konferenz zur Kenntnis nehmen, ebenso wie die Verhandlung mit der Türkei und die erhoffte Verständigung der Türkei mit Bulgarien.

In englischen Unterhaus wurde auf eine Anfrage, ob von England Schritte getan worden seien, um eine friedliche Regelung der Streitfragen zwischen Österreich-Ungarn, Serbien und Montenegro herbeizuführen, Staatssekretär Grey, es seien in letzter Zeit zwischen den Mächten, England eingeschlossen, verschiedene Mitteilungen ausgetauscht worden, um eine friedliche Regelung herbeizuführen.

Auf eine weitere Anfrage, ob Grey dem Hause mitteilen könne, nach dem Fortgang viele Verhandlungen hätten, erwiderte dieser, er glaube nicht, daß es einen geeigneten Stande der Dinge habe, darüber keine Mitteilung machen zu dürfen.

Bei der Hofkapelle in Belgrad am 1. cr. zu Ehren der neuen Regierung kündigte der König die Begnadigung sämtlicher politischer Verdrachter in einer Rede an, in der er zugleich die Annäherung zwischen den politischen Parteien Serbiens, aus denen die gegenwärtige Regierung hervorgegangen, als Serbe und als Serber begrüßte. Die Verhältnisse, die für den König fort, seien zweifellos schwer. Er und sein ganzes Volk hätten aber vertrauensvoll in die Zukunft, da sie die Hüter des Volkes gegen in der Richtung der Staatsgesetze seien. So, wie alle Serben in dem gegenwärtigen schicksalreichen Augenblicke alle Verbindungen und Angriffe der Verlogenheit überleben, so verleihe er, der König, alle ihm und ihnen ganz ungetrübte Verbindungen. Möge, sagte der König, nun nicht um unser und ihre Uneinigkeit schwinden, welche unsere Staat nicht mehr von Hoff und egoistischen Wünschen erfüllt hat, damit wir alle wie ein Mann, von gleich großer Liebe zum Vaterlande getragen, uns für seine bevorstehende Zukunft zu Wehr setzen. Ich bin überzeugt, daß die aus anerkannten Patrioten zusammengesetzte Regierung in der Lage und gewillt sein wird, die in sie gesetzten Hoffnungen zu rechtfertigen. König Peter schloß mit Hochrufen auf die Serben und das Serbentum. Ministerpräsident Kolomanowitsch erwiderte mit einer Dankrede, die in begeistert aufgenommenen Hochrufen auf den König und das königliche Haus ausklang.

Der kaiserliche Minister des Aeußern Miksaßo ist Montag nachmittag von Wien nach Petersburg abgereist.

Die Reichsfinanzkommission wird nun gemeldet: Unter Hinweis auf die Wiener Meldung über die Vorbedingungen der direkten Verhandlungen Österreich-Ungarns mit Serbien über die „Temps“ sind Behörden darüber, daß Österreich-Ungarn eine so wenig entgegenkommende Haltung Serbien gegenüber beobachte und sagt, Österreich-Ungarn veranlaßt werden, daß es heute für den europäischen Frieden verantwortlich ist. Möglich äußern sich auch andere Blätter.

Dreihundert Millionen Fehlbetrag.

Während sich die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen, so hat die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen.

Die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen, so hat die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen.

Die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen, so hat die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen.

Die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen, so hat die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen.

Die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen, so hat die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen.

Die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen, so hat die Regierung und politische Parteien um die Lösung der Finanzreform die Köpfe zerbrechen und die Finanzkommission die Köpfe zerbrechen.

Optimismus am Wege wäre. Hier die genaueren Zahlen zu der schon bekannten Lastfrage:

Nach dem Etat für 1908 wurden aus den Zinsen, Steuern und Gebühren für die ersten fünf Fünftel des Finanzjahres rund 1066 Millionen Mark erwartet. Es sind tatsächlich aber nur 924,2 Millionen Mark verzeichnet, so daß hier ein Fehlbetrag von 141,8 Millionen Mark zu verzeichnen ist. Am Ende des Jahres wird der Fehlbetrag auf 175,1 Millionen Mark ansteigen, da die Brauereier mit 4,1 Millionen Mark, die sogenannten neuen Steuern mit etwa 7 Millionen Mark, die Erbschaftsteuer mit 10,5 Millionen Mark usw. Es fällt auf, daß abgesehen von den Zinsen, hauptsächlich zum Fehlbetrag diejenigen Steuern beitragen, welche im Finanzjahre von 1908 neu geschaffen oder reformiert wurden. Von diesen Steuern hat sich einzig und allein die Zigarettensteuer behauptet. Sie hat über den Staatsanschlag um mehr als 1,5 Millionen Mark über, ebenso die Zigarettensteuer um rund 7 Millionen Mark und die Branntweinverbrauchsabgabe um mehr als 6 Millionen Mark. Der Fehlbetrag bei den Einnahmen gegenüber einem Aufwande von 100,4 Millionen Mark einen Fehlbetrag von 2,2 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt. Die beiden größten Betriebsverwaltungen des Reiches stellen diesmal zusammen einen Ueberschuß von 6,5 Millionen Mark zur Verfügung.

Bei der Reichsreformverwaltung haben die Einnahmen in den ersten zehn Monaten 633,7 Millionen Mark betragen; da sie im Etat auf 516 Millionen veranschlagt sind, so ergibt sich hier ein Ueberschuß von 7,7 Millionen Mark. Die Reichseisenbahnenverwaltung aber hat mit einer Einnahme von 92,2 Millionen gegenüber einem Aufwande von 100,4 Millionen Mark einen Fehlbetrag von 2,2 Millionen Mark zu verzeichnen gehabt. Die beiden größten Betriebsverwaltungen des Reiches stellen diesmal zusammen einen Ueberschuß von 6,5 Millionen Mark zur Verfügung.

Einwirkung der Volksschule gegen die Landflucht.

Von konservativer Seite ist schon mehrfach darauf hingewiesen worden, daß der Volksschulunterricht noch mehr, als es geschieht, die ländlichen Verhältnisse angepaßt werden müsse, daß auf Landbesitzverhältnisse, die für die Bewohner des platten Landes nicht die gleiche Bedeutung haben wie für die Stadtbewohner und die heutige Lage der Lehrer, der Not gehordend, nicht dem eigenen Triebe, pflichtgemäß vielfach in den Vordergrund stellen muß, weniger Wert zu legen sei. Diese durchaus gerechtfertigten Hinweise, die von den Landbesitzern von jeher als durchaus berechtigt anerkannt sind und sich mit ihren Wünschen durchaus decken, ohne daß ihre Erfüllung ihnen gestattet wird, wurden von den Liberalen immer höflich durch die Bewauptung zurückgewiesen, die „Junker“ wollten das Land in Verbindung erhalten. Man darf darauf gespannt sein, was die Liberalen jetzt werden, da ein Fachmann sich und sogar ein nicht berufstätiger Fachmann sich in gleicher Weise ausgesprochen hat. In einer kürzlich gehaltenen Sitzung der Betriebsabteilung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft hielt der Münchener Student Dr. Kerffentiner einen Vortrag über das Thema „Was kann die Schule für die Ausbildung des Landvolkes tun?“ und führte darin u. a. folgendes aus:

Dem Dogma von der allgemeinen Bildung haben wir es zunächst zu bedauern, daß die einfache Landbevölkerung auf den Schulwegen von Olympen im wesentlichen genau nach demselben Schema organisiert ist wie irgend eine Gemeindefabrik in Berlin. Und doch haben die Kinder beider Schulgruppen vollständig andere Verfassungsverhältnisse und mental fast vollständig andere Veranlagungen. Die ländlichen Schulen sind eben nicht die Häufchen bei ihrem Unterrichte größerer Nutzen auf die wirtschaftliche Umgestaltung des Kindes nehmen, wobei sie vor allem die Arbeit des Hauses, dem das Kind angehöret, mehr in den Interessentend der Schule bringen können, so wären trotz der kleinsten Einseitigkeit eines solchen Unterrichts ungemein bessere Resultate schon von der Volksschule zu erwarten. Für alle Landkinder ist es eine ewige Frage, ob sich die Volksschule als Bildungselement aus der unheimlichen Isolation vom gesamten übrigen Bildungsleben des Landvolkes herausweisen läßt. Wenn diese Frage im bejahenden Sinne gelöst werden kann, dann wird die Schule nicht wenig dazu beitragen können, die Klage über die Landflucht zum Schweigen zu bringen.

Der Vortragende war der Meinung, daß dies der Volksschule möglich sei, und führte im Beispiel aus, wie die ländlichen Schulen an, wo es durch eine geeignete Organisation der Schule gelang, eine ähnliche, wenn auch nicht ganz so ausgedehnte Erscheinung wie die Landflucht, nämlich die Gewerbeschule, zu beseitigen. Auf dem Lande wie in der Stadt wird, wie Dr. Kerffentiner ausführte, die Unterweisung am fruchtbarsten, wenn sie mit praktischen Arbeiten der naturkundliche Unterricht mit praktischer Gartenarbeit, Feldarbeit, Obstbaumpflege für Mädchen außerdem mit Schulübungen und möglichst auch mit Kindergartenbetrieb verbunden sein. Diese gemeinsamen Arbeiten sind zugleich das beste Mittel, den Gemeininn zu wecken und zu fördern. Ferner ist die Herstellung und die Schaffung von Jugendorganisationen vor, und die Fortbildungsschulen die Bildung eines landwirtschaftlichen Verbandes. Ein so organisiertes ländliches Schulwesen würde nach dem Vortragenden Meinung Freunde an dem landwirtschaftlichen Berufe erwecken und sich als ein wirksames Schulmittel gegen die Landflucht erweisen. Diese Gedanken verdienen jedenfalls weitestgehende Beachtung.

Deutsches Reich.

* Der Kaiser in Wilhelmshaven. Seine Majestät der Kaiser fuhr gestern nach Beendigung des Frühstücks im Automobil nach dem Hafen und nahm an Bord des Zerstörers „Deutschland“ Wohnung. Um 4 Uhr besichtigte der Monarch die neue Hafenanlage und fuhr nach zwei Stunden zur „Deutschland“ zurück. — Abends fuhr auf der „Deutschland“ ein Abendessen statt, zu dem Seine Majestät den Prinzen Heinrich, den Staatssekretär des Reichsmarineamts v. Tirpitz, die Admirale und das Gefolge eingeladen hatte.

* Preussland und Frankreich. Der Präsident der französischen Republik empfing Dienstag nachmittag den deutschen Vizebotschafter Fürsten Kavalin, der ihm den Dank für die ihm durch die Verletzung des Großkreuzes der Ehrenlegion erteilte gehobene Auszeichnung ausbrachte. Fürst Kavalin stattete jedoch am dem gleichen Anlasse auch dem Ministerpräsidenten Clemenceau einen Besuch ab.

* Anlässlich der Jahreshunderfeier des Kriegsministeriums fand zugleich der Kriegsminister in Wien und Berlin ein überaus herrlicher Dopehenaustausch statt.

* Die theologische Fakultät in Berlin will wegen der Ernennung des Predigers Wähling zum Nachfolger Prof. Meiners bei der Staatsprüfung vorzeitig werden.

* Antike Wahlereignisse. Bei der im Wahlkreis 6 Hannover am 20. Februar stattgefundenen Reichstagswahl wurden 2714 gültige Stimmen abgegeben. Daraus entfielen auf von Dammberg (Welfe) 6317, auf Dr. Hellwig (Nostiz) 6883, auf Senje (Soj) 3998, auf Sarries (Freisinn) 3453, auf Dr. Revin (fr. Sp.) 3163. Die Stichwahl findet am 8. März statt. — Bei der ebenfalls am 20. Februar stattgefundenen Reichstagswahl in der Wahlkreis 7 Bingen-Niederrhein wurden insgesamt 2331 Stimmen abgegeben. Daraus entfielen auf den Kandidatsabgeordneten Philipp Hebel-Dierich (Zentr.) 1187, auf den evangelischen Pastore Wolf Stoll-Königsblatten (fr. Sp.) 1084 Stimmen. Uebrig ist somit gewählt.

* Bei den Reichstagswahlen. Bei der Budgetberatung in der Reichstagskammer kam Finanzminister Dr. Gumbel auch auf die Reichsfinanzreform zu sprechen. Eine Reichsreform und Reichsveränderungen müsse für unannehmbar erklärt werden. Der Antrag der Abgeordneten Gump und Gerold würde für Hessen eine Zustimmung von 18 bis 20 Prozent zu den diesen Reichstagswahlen in dieser Kammer abgegeben. Daraus entfielen auf den Kandidatsabgeordneten Philipp Hebel-Dierich (Zentr.) 1187, auf den evangelischen Pastore Wolf Stoll-Königsblatten (fr. Sp.) 1084 Stimmen. Uebrig ist somit gewählt.

* Der Wohnungsgeldzuschuß in Oldenburg. Der Landtag legte in seiner Sitzung am 2. cr. die Vorlage betreffend Wohnungsgeldzuschuß der Zivil-Statistiker und Volksschüler ab.

Preussischer Landtag.

43. Sitzung von 2. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Rolffe. Die Eingeladene der Staats für das Ministerium des Innern

Wird fortgesetzt. Beim Kapitel Oberverwaltungsgericht verbeidigt Abg. Dr. Sagen (Ztr.) die Rechtsprechung dieses Gerichts, gibt aber zu, daß der Wortwurf der etwas langsamem Arbeit hier nicht ganz ungerichtet sei. Das Oberverwaltungsgericht solle nur dem Gesamtministerium unterstellt sein.

Beim Kapitel Landrätsliche Behörden behauptet sich Abg. v. Sagen (Ztr.) über Wahlbeeinflussungen von Landräten gegenüber Rentratskandidaten.

Abg. v. Götter (konf.) empfiehlt die Erhöhung des Fonds für Bureau- und Dienstaufwandsentschädigung sowie eine Vermehrung der landrätslichen Hilfsarbeiterstellen. Ueber die Nebenbesuche der Landräte bestehen vielfach durchaus falsche Vorstellungen. Ueber die Dienstaufwandsentschädigung werden von Landratsstellen besitzenden werden noch sehr abzufragen, daß der Landrat hier zum Kostgänger des Staates wird. Wir würden es für bedenklich halten, daß bei Befragung der Landrätsämter platonische Erwidlungen Platz greifen. (Sehr wohl recht.) In der Beurteilung der preussischen Landräte wird unglücklich viel verallgemeinert, und dabei treten die großen Verdienste der Landräte zu Unrecht in den Hintergrund. Die konservativen Landräte — es gibt ja auch andere, aber die kenne ich zu wenig — sind nicht die wilden Männer und wütenden Parteifantasten, als sie hier zuweilen hingestellt werden. (Sehr Zustimmung rechts.) Dazu ist ja die politische und staatliche Seite ihrer Tätigkeit zu sehr in den Hintergrund getreten. (Sehr wohl!) Die Abg. Sagen und Fritschke, die gegen die Landrätsämter auftraten, scheinen in der Auswahl ihrer persönlichen Landratsbekanntschäften nicht recht glücklich gewesen zu sein. (Sehr gut und Zeterleil.) So können wie die Lösung der Reichsfinanzreform wird die der landrätslichen Dienstverhältnisseentschädigung wohl nicht sein. Dabei gilt es, eine lange gebildete Ungerechtigkeit endlich zu beseitigen. (Sehr wohl recht.)

Abg. Dr. Seiba (Folk) begründet einen Antrag auf Wiedereröffnung der Verhandlung über die Legitimationskarten für ausländische Saisonarbeiter, fragt über landrätsliche Wahlbeeinflussung gegenüber Wahlen von Polen und mündlich die Land-

